

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Hans-Michael Goldmann, Ulrich Heinrich, Markus Löning, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Mehr Wohlstand für alle durch mutige Marktöffnung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im September 2003 wird sich die Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko mit der weiteren Zukunft des Welthandelssystems befassen. Im Mittelpunkt dieses Treffens stehen in der Doha-Runde vereinbarten Themenkomplexe Entwicklungsagenda, Agrarverhandlungen, Präzisierung des Abkommens zum Schutz des geistigen Eigentums (TRIPS) und die Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Darüber hinaus wird beraten, welche Themen zukünftig unter dem Dach der WTO verhandelt werden sollen.

Gerade vor dem Hintergrund der Entwicklungsagenda (Doha-Development-Agenda) und der Beratung zukünftiger Verhandlungsfelder muss noch einmal der grundsätzliche Wert des internationalen Freihandels in Cancun herausgearbeitet werden. Offene Märkte verbessern die eigenen Aussichten auf mehr Wohlstand genauso wie die Entwicklungschancen der ärmsten Länder dieser Erde. Die Liberalisierung des Welthandels ist insofern angewandte Entwicklungshilfe. Gerade die Öffnung eigener Märkte führt zu mehr Wohlstand, Bildung, Gesundheit und Rechtssicherheit. Das belegen nicht nur Theorien, sondern alle empirischen Untersuchungen. Das gilt unabhängig davon, welche Politik die anderen Staaten betreiben. Deshalb muss zukunftsorientierte Handelspolitik den Leitsätzen der multilateralen Handelsordnung folgen, die insbesondere auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung beruht. Gerade Deutschland als große Exportnation muss auf erfolgreiche Verhandlungen in Cancun setzen. Ohne den positiven Beitrag unseres Außenhandels würden wir statt Nullwachstum sogar Minuswachstum schreiben.

Der Deutsche Bundestag fordert vor diesem Hintergrund die Bundesregierung auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Handelsliberalisierung als traditionelle WTO-Angelegenheit ganz oben auf der Agenda bleibt. Offene Märkte sind die entscheidende Voraussetzung für mehr Entwicklung und Wohlstand in der Welt. Deshalb darf das Thema des Freihandels nicht durch neue „Themen“ verdrängt werden;
2. dafür zu sorgen, dass im Rahmen der langfristigen sektoralen Konzepte der bilateralen deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ein Schwerpunkt auf die Durchführung solcher struktureller Anpassungsmaßnahmen gesetzt wird, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, die sich aus der Öffnung der Märkte und der Globalisierung ergebenden Entwicklungschancen zu nutzen;
3. entscheidend dazu beizutragen, dass die Bemühungen um weitgehende institutionelle Reformen der WTO als Organisation und Verhandlungsforum verstärkt fortgesetzt werden. Dazu gehören höhere Effizienz, Transparenz und eine bessere Einbindung der Parlamente, z. B. in Form einer Parlamentarischen Versammlung bei der WTO;
4. jeden Versuch zu unterlassen, Vereinbarungen von Sozialstandards im Rahmen der WTO-Verhandlungen vorzunehmen. Ausarbeitungen und Vereinbarungen solcher Standards müssen ausschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) überlassen bleiben. Alle Versuche, Handelspolitik und Sozialstandards unter dem Dach der WTO zu vereinen, schüren das Misstrauen der Entwicklungsländer und tragen nichts zu deren weiteren Sensibilisierung für dieses Thema bei. Der Verbesserung der sozialen Lage der Menschen in den Entwicklungsländern dienen offene Weltmärkte und die gezielte Bekämpfung von Mißständen, etwa durch das internationale Programm zur Abschaffung der Kinderarbeit (IPEC), das auf ILO-Definitionen fußt, besser als das Drohen mit Handelssanktionen;
5. entschieden allen Versuchen entgegen zu treten, Sozialstandards und Arbeitsnormen in das GATS-Vertragswerk zu integrieren. Solche Versuche würden nicht nur den erbitterten Widerstand der Entwicklungsländer hervorrufen, sondern auch den Charakter des GATS als ein Abkommen, das sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Regelungen der nationalen Souveränität überlässt, in sein Gegenteil verkehren;
6. darauf zu achten, dass das GATS als Bestandteil des WTO-Vertragswerks zum Abbau wachstumshemmender Marktzugangsbeschränkungen im Dienstleistungsbereich beiträgt (Bundestagsdrucksache 15/1010);
7. für mehr technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau für die Entwicklungsländer zu sorgen durch Stärkung des bestehenden Global Trust Funds. Damit soll Entwicklungsländern das Verständnis und der Umgang mit dem WTO-Regelwerk erleichtert werden;
8. sich für die Umsetzung der vereinbarten Beschlüsse der 4. Ministerkonferenz der Welthandelskonferenz (WTO) in Doha einzusetzen. Im Vordergrund stehen im Agrarbereich Reformen an den drei zentralen Instrumenten bisheriger Marktregulierung in Europa: das sind die interne Stützung, die Exportsubventionen und der Außenschutz (Bundestagsdrucksache 15/1223).

Berlin, den 2. Juli 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion